
Auszug aus dem Protokoll

Sitzung Nr. 9
Datum 29. November 2017

67 1.92.1 Motionen

**Motion André Tschanz (EVP) und Mitunterzeichnende betreffend
"Übernahme Portokosten bei Abstimmungen und Wahlen"; Erheblich-
erklärung**

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Das Eintreten auf das Geschäft ist vorgegeben, die Antwort des Gemeinderates liegt vor, das Wort hat der Motionär.

André Tschanz (EVP): Ich möchte dem Gemeinderat für die Antwort danken, auch wenn ich eine andere Meinung habe. Ich möchte ein paar Gründe aufzählen, warum die Gemeinde nach wie vor für die Portokosten aufkommen sollte. Wir möchten sicher alle, dass ein möglichst grosser Teil der Bevölkerung am politischen Geschehen teilnehmen kann und abstimmen und wählen kann. Das sollte uns etwas wert sein. Schon bald wird das Betagtenheim an die Bernstrasse verlegt. Die älteren Personen, die bis jetzt den Weg bis zum Briefkasten der Gemeindeverwaltung auf sich genommen haben, werden das nicht mehr so einfach tun können. Mit einem portofreien Abstimmen können wir ihnen nach wie vor eine bequeme Möglichkeit bieten, am politischen Geschehen teilzunehmen. Die Jugendlichen haben das virtuelle Jugendparlament. Elektronisch abstimmen können wir momentan noch nicht, aber mit dem portofreien Abstimmen können wir ihnen einen Anreiz geben, vom Stimmrecht Gebrauch zu machen.

Heutzutage ist es nicht mehr selbstverständlich, dass man zuhause Briefmarken hat. Denken wir auch an Bewohnende, die nicht zentral wohnen: auch ihnen bringt es Vorteile, wenn sie das Couvert einfach in den nächsten Briefkasten werfen können. In der Studie, welche in der Antwort des Gemeinderates erwähnt wird, sind es immerhin 2 % der Bevölkerung mehr, die sich beteiligen, wenn das Porto übernommen wird. Das wären in Zollikofen 130 Personen, das ist nicht schlecht, oder?

Es sind nur wenige Gemeinden, die im Kanton Bern das portofreie Abstimmen anbieten, Zollikofen ist eine der wenigen. Darauf können wir noch stolz sein und das darf uns auch etwas kosten. Ich freue mich, wenn sie die Motion unterstützen und zustimmen.

Edi Westphale (GFL): Ich mache es kurz und relativ emotionslos: Der Gemeinderat hat im Rahmen der Aufgabenüberprüfung alles angeschaut und geprüft und hat auch Streichungen vorgenommen, die auf den ersten Blick etwas befremden. Kleinvieh macht aber auch Mist und das ist der Grund, weshalb wir der Meinung sind, dass wir hier eine vertretbare Einsparung machen können. Wir bitten Sie, die Motion nicht zu unterstützen.

Petra Spichiger (SP): Die SP hat diese Motion lange kontrovers diskutiert. Wir sind uns klar bewusst, dass eine Einsparung von Fr. 7'500.00 eine nette Sache ist. Aber wie wichtig ist es uns, dass die Bevölkerung von Zollikofen sich minimal politisch engagieren kann? Ich meine, wie viel wert ist es uns? Nichts? Nein. Fr. 7'500.00 sind ungefähr 75 Rappen pro Einwohner. Und das sollte es uns doch wert sein?

Wenn wir diese Fr. 7'500.00 einsparen, setzen wir gegen aussen das Zeichen: Uns ist es nichts wert, dass Sie abstimmen. Im Politikplan haben wir den Leitsatz 1: *"Wir alle nehmen gerne am Gemeindegeschehen teil."* Ja, wenn wir hier sparen, unterstützen wir dann den Leitsatz? Nein, überhaupt nicht. Die Mehrheit der SP-Fraktion ist der Meinung, dass es eine Grundhaltung gegenüber der Bevölkerung aufzeigt, wenn wir sparen oder eben nicht. Enga-

gement wird erwartet, aber bitte auch noch dafür bezahlen. Das ist nicht die Haltung, die wir möchten. Wir möchten, dass sich möglichst viele Leute am politischen Geschehen beteiligen. Uns ist es diese 75 Rappen pro Einwohner wert. Und ja, auch wir sind bereit zu sparen, aber nicht bei der Übernahme der Portokosten. Wir sind der Meinung, dass Politik etwas Wichtiges ist und deshalb möchten wir das gerne beibehalten. Eine Mehrheit der SP-Fraktion wird diese Motion erheblich erklären.

Samuel Tschumi (SVP): Die Motion von André Tschanz und Mitunterzeichnende möchte, dass die Gemeinde die Übernahme der Portokosten bei Abstimmungen und Wahlen beibehält. Wir befinden uns in einer Zeit, in der in verschiedensten Orten auf der Welt Unruhen in der Bevölkerung festgestellt werden. Vielfach sind es Staatsformen, die sich grundsätzlich von unseren unterscheiden. Menschen müssen kämpfen, dass sie an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen können. In der Schweiz können wir darauf vertrauen, dass nicht bereits im Voraus feststeht, dass die regierende Partei weiterhin besteht, weil die Opposition am Abstimmen gehindert wird.

Denken Sie angesichts der vorliegenden Motion noch einmal darüber nach: Wir haben hier das Recht, uns an Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen. Meiner Meinung nach erwächst daraus auch die Pflicht, sich an politischen Prozessen zu beteiligen, sie zu verfolgen und am betreffenden Sonntag auch den Stimmzettel abzugeben. Sollten wir nicht stolz sein auf das System? Sollte es uns nicht wert sein, diese Fr. 5.50 innerhalb eines Wahljahres für unsere direkte Demokratie auszugeben? Es sind nicht die Einwohner, die zählen, sondern die Stimmberechtigten, beziehungsweise die Couverts. Es kostet immer noch Fr. 1.10 pro Couvert. In der Gemeinde Zollikofen gibt es verschiedene Möglichkeiten abzustimmen. Man kann das Couvert bei der Gemeindeverwaltung in die Urne werfen während zwei bis drei Wochen. Man kann es per Briefpost schicken oder in den Briefkasten der Gemeindeverwaltung werfen bis um 10.00 Uhr am Abstimmungssonntag. Das wurde aufgrund eines SVP-Vorstosses erreicht. Oder man kann hier in der Aula oder im Steinibachschulhaus die Unterlagen von 10.00 - 12.00 Uhr abgeben. Bei so vielen Varianten ist es offensichtlich, dass die Motion nicht erheblich erklärt werden muss. Die meisten Bürger haben genügend kostenlose Möglichkeiten, ihre Unterlagen abzugeben. Zum Argument des Standortvorteils sollten wir alle kurz reflektieren, auf welcher Position unserer Prioritätenliste die Übernahme des Portos ist, wenn man nach Zollikofen ziehen will. Bei mir irgendwo zwischen 50 und 100.

Noch kurz zum Argument der Stimmbeteiligung: Wer die Unterlagen genau studiert hat, wird erkennen, dass das kein Argument ist. Die Gemeinde Zollikofen steht im Vergleich mit 23 anderen Gemeinden auf Platz 6. Im Vergleich zur zweiten Gemeinde, die die Portokosten noch übernimmt sagt man auch, dass Zollikofen eine mehr als 6 % höhere Stimmbeteiligung hat. Das wird sich nach der Abschaffung der Übernahme auch nicht ändern. Die Gemeinden Muri und Köniz haben das im Jahr 2016 und 2014 gemacht und haben immer noch über 50 % Stimmbeteiligung. Die SVP-Fraktion wird die Motion nicht erheblich erklären und bittet zusätzlich alle, das auch so zu machen um sich an die eigenen Voten anlässlich der Budgetsitzung zu erinnern.

Markus Bacher (FDP): Wir mussten nicht so lange diskutieren. Wir unterstützen Entscheid und Meinung des Gemeinderates, wir sind für die Nichterheblichkeitserklärung. Es ist schön zu hören, dass es Leute gibt, die immer noch den Briefmarken vertrauen. Man kann dem Postangebot aber auch entnehmen, dass es SMS-Briefmarken gibt. Ich kann sie vom Handy aus überall beziehen. Was ganz lässig ist: man kann von zuhause aus noch eine Grussbotschaft zum Beispiel an den GGR drucken, oder ein Bild von mir, wenn ich das möchte. Aus der Forschung weiss man auch, dass ältere Menschen nicht unbedingt in Watte gepackt werden und von allem entbunden werden sollten. Sondern dass man sie integriert und ihnen Aufgaben gibt. Ich bin überzeugt, dass sicher gute Lösungen gefunden werden, wie dieses Couvert doch noch in die Abstimmungsurne findet.

Annette Tichy (GFL): Unsere Fraktion war sich zu Beginn nicht ganz einig ob die Motion unterstützt werden soll oder nicht. Die Argumente in der Diskussion waren mehr oder weniger dieselben, die von den Vorrednerinnen und Vorrednern erwähnt wurden.

Dafür: der Dienst an den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, das Sparpotential ist nicht gross. Die Studie hat aufgezeigt, dass die Abschaffung der Vorfrankierung zu einem Rückgang der Stimmbeteiligung geführt hat und gerade für behinderte und betagte Personen wird so eine bequeme Stimm- oder Wahlmöglichkeit eingeschränkt.

Dagegen: auch wenn es nur gering ist, es ist ein Sparpotential, viele andere und vergleichbare Gemeinden haben diesen Schritt auch gemacht. Häufig entscheidet nicht das Porto, sondern der Inhalt der Vorlage über die Stimmbeteiligung und die meisten Haushalte haben tatsächlich Briefmarken vorrätig, der kostenlose Gang zu Urne und Gemeindebriefkasten bleibt weiterhin möglich. Und falls es aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich ist, findet man sicher eine hilfsbereite Person, die das übernimmt.

Apropos andere Gemeinden: Wir schätzen die Arbeit des Gemeinderates mit der Liste der vergleichbaren Gemeinden. Aber wir erachten sie bei der aktuellen Fragestellung als nicht sehr sinnvoll. Es wäre aussagekräftiger, die Stimmbeteiligung einer oder mehrerer Gemeinden vor oder nach der Abschaffung der Portokosten zu vergleichen. Schlussendlich hat sich die Fraktion zur Erheblicherklärung entschieden und zwar aus grundsätzlichen Überlegungen.

Zu unserem Grundverständnis von Demokratie gehört es, nicht nur gewisse Rechte zu gewährleisten sondern auch bei ihrer Ausübung keine zusätzlichen Hindernisse in den Weg zu legen. Nachdem sich die briefliche Stimmabgabe gut etabliert hat und die Regel und nicht nur die Ausnahme darstellt, wäre eine Abschaffung der Vorfrankierung ein Rückschritt. Ein wertvoller, von der Bevölkerung sehr geschätzter Service public würde wegfallen. Für mich als anfängliche Skeptikerin der Motion war ein Votum meines jungen Fraktionskollegen Alain Jenni ausschlaggebend, er ist heute leider nicht da. Er versicherte glaubhaft, dass viele seiner gleichaltrigen Kolleginnen und Kollegen nur mit Mühe dazu zu bewegen seien, abzustimmen oder zu wählen. Und wenn sie jetzt auch noch zahlen müssten, würde die Quote ganz bestimmt sinken. Das kann man faul und bequem finden, dass das Stimmverhalten an einer Briefmarke scheitert oder eben nicht, aber es lohnt sich, in diese Personen zu investieren. Auch die Gemeinde muss ein Interesse an einer möglichst hohen und konstanten Stimmbeteiligung haben und kann es sich nicht leisten, gerade auf die jungen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu verzichten. Unsere Fraktion wird die Erheblicherklärung der Motion unterstützen.

Mario Morger (glp): Als der Gemeinderat die Abschaffung der Portokosten-Übernahme im MZ mitteilte, waren wir schon etwas verwundert. Das Sparpotenzial ist gering und unser erster Eindruck war, dass es sich nicht gehört, bei der direkten Demokratie den Rotstift anzusetzen. Mit etwas mehr Abstand erscheint die Massnahme aber vertretbar. Irgendwo müssen wir mal anfangen zu sparen und hier handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe der Gemeinde. Eventuell wird die Stimmbeteiligung leicht zurückgehen, wie die wissenschaftliche Studie zeigt. Das wäre unschön. Auf der anderen Seite ist zu erwarten, dass einer politisch interessierten Bürgerin oder einem Bürger das Stimmrecht mehr wert ist als 85 Rappen Portokosten oder einen eingesparten Gang zum Gemeindebriefkasten.

Man kann sich im Zusammenhang mit dem heutigen Geschäft aber schon fragen, wie man die direkte Demokratie in Zollikofen stärken könnte. Denn zahlreiche wissenschaftliche Studien zeigen, dass die direkte Demokratie zu einem kleineren Staatshaushalt, zu tieferen Steuerbelastungen und zu einer stärkeren Gewichtung von verursachergerechten Gebühren führt. Zielführend wäre diesbezüglich aber in erster Linie eine Reduktion der Unterschriftenanzahl für Initiativen und Referenden. Aus gesellschaftsliberaler Sicht wäre es ausserdem wichtig, dass wir in Zukunft stärker darauf hinwirken, dass die demokratischen Prozesse breiter abgestützt werden. Namentlich zu nennen sind Jugendliche und Ausländer/innen. Beide Gruppen profitieren aber nicht von der Übernahme der Portokosten von Abstimmungscouverts.

Insgesamt können die Grünliberalen die Position des Gemeinderats stützen. Wir empfehlen dem Parlament, die Motion Tschanz nicht erheblich zu erklären.

Bruno Vanoni (GFL): Es war interessant, die tiefschürfenden Argumente dafür und dagegen zu hören. Aber ich möchte etwas ganz Pragmatisches sagen: Wir haben in den letzten Jah-

ren ein Mehrfaches des Geldes, worum es jetzt geht, ins Image unserer Gemeinde gesteckt. Indem der Jahresbericht aufpoliert wurde und jetzt soll die Webseite schöner werden. Das Ganze steht in dem Zusammenhang, dass gewisse Parteien ein wenig den privaten Unternehmen nacheifern möchten. Jedes Unternehmen, das mit mir Kundenkontakt hat oder aufnehmen will und etwas von mir will, schickt ein vorfrankiertes Couvert. Und in dem Sinn appelliere ich an die Parteien, die sich doch sonst gerne an der Privatwirtschaft orientieren, es so zu machen wie die Unternehmer. Einfach ein vorfrankiertes Couvert senden, damit sie nicht noch das Porto zahlen müssen.

Markus Hadorn (BDP): Ich möchte mich ähnlich wie Bruno Vanoni äussern: Überall werden Dienstleistungen abgebaut, überall regt man sich auf, bei der Post, der Bank, dass der Service public immer weniger wert ist. Auf den einzelnen Bürger gerechnet, eben nicht den Stimmbürger, kostet so ein Porto die Gemeinde 75 Rappen. Bei einem Budget von über 40 Mio. Franken sind die 7'500.00 Franken wirklich ein Tropfen auf den heissen Stein. In dem Sinne bitte ich den Rat, die Motion anzunehmen.

Beschluss (14 Stimmen für Erheblicherklärung, 15 dagegen)

1. Die Motion André Tschanz (EVP) und Mitunterzeichnende betreffend "Übernahme Portokosten bei Abstimmungen und Wahlen" wird nicht erheblich erklärt.
 2. Der GGR-Beschluss vom 21. Mai 2003 (Verpflichtungskredit für frankierte Rückantwortkuverts) wird aufgehoben.
-

Für getreuen Protokollauszug

ZENTRALE DIENSTE